

Zeitschrift: Der Armenpfleger : Monatsschrift für Armenpflege und Jugendfürsorge
enthaltend die Entscheide aus dem Gebiete des Fürsorge- und
Sozialversicherungswesens

Herausgeber: Schweizerische Armenpfleger-Konferenz

Band: 43 (1946)

Heft: 11

Rubrik: D. Verschiedenes

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

D. Verschiedenes

Selbständiger Konkordatswohnsitz der Ehefrau. Zur Auslegung von Art. 3 Abs. 2 des Konkordates über die wohnörtliche Unterstützung. — Von Fürsprecher W. Thomé, Sekretär der Direktion des Armenwesens des Kantons Bern.

Gemäß Art. 3 Abs. 2 des Konkordats über die wohnörtliche Unterstützung erhält die Ehefrau selbständigen Konkordatswohnsitz entweder

- a) wenn die Ehegatten durch rechtskräftiges Urteil geschieden sind, oder
- b) wenn sie durch rechtskräftiges Urteil getrennt sind, oder
- c) bei nicht als bloß vorübergehend anzusehendem tatsächlichem Getrenntleben.

Dieses führt jedoch nicht zur Aufhebung der Unterstützungseinheit, wenn damit keine wesentliche Lockerung des Ehebandes verbunden ist und die Trennung mehr nur auf dem Zwang äußerer Verhältnisse beruht.

Es stellt sich die Frage, ob die Aufhebung des gemeinsamen Haushaltes, die der Richter gemäß Art. 170 Abs. 1 oder 2 (Art. 169, bzw. 145) ZGB der Ehefrau bewilligt hat, unter den Fall b) oder den Fall c) gehört. Im Falle b) wäre die richterliche Bewilligung zum Getrenntleben der eigentlichen gerichtlichen Trennung gemäß Art. 147 ZGB gleichgestellt. Sie hätte also ohne weiteres das Ausscheiden der Ehefrau aus der Unterstützungseinheit des Ehemannes zur Folge, und zwar unabhängig davon, ob die Bewilligung befristet oder unbefristet ist. Im Falle c) würde das Getrenntleben, auch wenn es richterlich bewilligt wäre, nur dann zur Aufhebung der Unterstützungseinheit führen, wenn es erstens als nicht bloß vorübergehend anzusehen wäre, und wenn zweitens damit eine wesentliche Lockerung des Ehebandes verbunden wäre, und die Trennung nicht nur auf dem Zwang äußerer Verhältnisse beruhte.

Wir halten diese letztere Lösung für richtig. Die richterliche Bewilligung zur Aufhebung des gemeinsamen Haushaltes (Art. 170 ZGB) darf der gerichtlichen Trennung (Art. 146—148 ZGB) nicht gleichgestellt werden. Sie soll ja auch nicht der Auflösung, sondern im Gegenteil dem Schutz der ehelichen Gemeinschaft dienen (vgl. Randtitel zu Art. 169—172 ZGB). Freilich wird der Richter meist dann um Aufhebung des gemeinsamen Haushaltes ersucht, wenn schon eine gewisse Lockerung des Ehebandes eingetreten ist. Oft bewirkt auch gerade die richterliche Verfügung eine solche Lockerung. Es sind auch in der Regel nicht äußere, sondern eben innere Verhältnisse, die einen Ehegatten veranlassen, die Aufhebung des gemeinsamen Haushaltes zu verlangen. Allein daraus darf das Konkordatsrecht nicht die unumstößliche Vermutung ableiten, die richterlich bewilligte Aufhebung des gemeinsamen Haushaltes führe gleich der gerichtlichen Trennung zur Auflösung der ehelichen Gemeinschaft und damit zur Aufhebung der Unterstützungseinheit. Vielmehr muß das Konkordatsrecht wie das ZGB davon ausgehen, daß die Maßnahme der Aufhebung des gemeinsamen Haushaltes ihren Zweck, den Schutz und die erneute Festigung der ehelichen Gemeinschaft, möglicherweise erreichen wird. *Das bloße Getrenntleben, ob es nun auf einer (meist stillschweigenden) Vereinbarung unter den Ehegatten oder auf einer richterlichen Verfügung gemäß Art. 170 ZGB beruht, fällt stets unter die Bestimmungen des zweiten Satzes von Art. 3 Abs. 2 des Konkordats.*

Es ist also von Fall zu Fall zu prüfen, ob die Aufhebung des gemeinsamen Haushaltes voraussichtlich vorübergehend oder dauernd, und ob damit eine wesentliche Lockerung des Ehebandes verbunden ist. Ob der Richter seine Ermächtigung befristet hat oder nicht, spielt anderseits keine Rolle. Es kommt auf den Willen und das Verhalten der Ehegatten, überhaupt auf die tatsächlichen Umstände an.